

Wer in die Röhre guckt

Alarmismus hier, Gelassenheit dort. Handwerker fürchten im Fall der erweiterten Personenfreizügigkeit um ihre Jobs. Dienstleister wären weniger betroffen. Aber alle müssten mit längeren Arbeitszeiten rechnen. Pulsnahme vor der herbstlichen Zitterpartie. *Von Hanspeter BUNDI*

Holger Hildebrand warnt vor Verheerungen. «Passt auf, dass es bei euch nicht so weit kommt wie in Deutschland», sagt der Heizungsmonteur aus dem ostdeutschen Stettin. In drastischen Farben schildert er die Verhältnisse in seiner Heimat. Er erzählt von Polen, die für zwei Euro pro Stunde arbeiten, und vom Staat, der tatenlos zusehe, wie die Deutschen aus dem Arbeitsmarkt gedrängt würden. Und er erzählt von Arbeitsämtern, die ihre Klienten in die Schweiz und nach Österreich vermitteln.

Vor all dem rettete sich Hildebrand in die Schweiz. Er profitierte dabei von der Personenfreizügigkeit und von der Tatsache, dass es hier an ausgebildeten Bauhandwerkern mangelt. Im Moment arbeitet er an einem Neubau in Ittigen, Tariflohn: 34 Franken pro Stunde – doppelt so viel, wie er in Deutschland bekäme. In der Schweiz werde gute Arbeit noch anständig bezahlt, stellt er fest und warnt: «Wenn ihr nicht aufpasst, gehen die Löhne auch bei euch vor die Hunde.»

Viele Schweizer teilen die Skepsis. Das zeigen die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage, die das Institut Demoscope

im Auftrag von FACTS Ende letzter Woche bei 1010 Stimmberechtigten durchführte: 30 Prozent der Befragten sagen heute Ja zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit, 26 Prozent Nein. Über den Vertrag mit Europa wird am 25. September abgestimmt.

Es droht eine Zitterpartie. Speziell skeptisch sind Personen, die weniger als 6000 Franken verdienen und keine höhere Bildung genossen haben. Zu Recht: Konkurrenzdruck durch die Grenzöffnung

Speziell skeptisch sind Personen, die weniger als 6000 Franken verdienen.

spüren vor allem schlechter qualifizierte Arbeiter, bemerkt der deutsche Nationalökonom Hans-Werner Sinn im Buch «Ist Deutschland noch zu retten?». Hoch qualifizierte Arbeiter sind weniger tangiert.

Doch die Erweiterung wird sie nicht verschonen. Es drohen tiefere Löhne – und vor allem längere Arbeitszeiten. Ein Phänomen, das sich in Österreich bereits zeigt. «Niemand getraut sich, es zu sagen: Unser

Lohnniveau wird sich in einigen Branchen tendenziell nach unten korrigieren», analysiert Unternehmer und FDP-Nationalrat Otto Ineichen. «Oder wir werden bei gleichem Lohn länger arbeiten müssen, um den Werkplatz zu sichern.»

Vor allem die handwerklichen Berufe würden von Arbeitskräften aus dem Osten konkurrenziert. Deshalb geistert das Wort «Dumpinglöhne» in Bau und Gastgewerbe durch die Arbeitswelt. Eine Erwartung, die – mit umgekehrten Vorzeichen – von der NZZ gestützt wird: Arbeiter aus Polen oder Estland, schrieb die Gralshüterin des Wirtschaftsliberalismus, «sind bereit, zu Löhnen zu arbeiten, die weit unter dem Schweizer Niveau liegen. Diesen Wettbewerb als Dumping zu bezeichnen, ist protektionistische Polemik.»

Die Verhältnisse sind vielschichtiger – sagt die Arbeitgeberseite. Etwa im Baugewerbe. Seit die Freizügigkeit mit den alten EU-Ländern spielt, wurden in der zweiten Hälfte 2004 rund 40 000 Arbeitsantritte gemeldet – vor allem von Deutschen und Portugiesen. Stefan Baumann, Mitinhaber von der Personalfirma Credo Runtime in Winterthur, sagt: «Wir würden gern ►

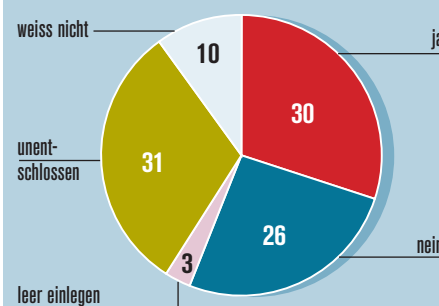


FOTO: TOMAS WÜTHRICH

Heizungsmonteur aus Ostdeutschland auf einer Baustelle in Ittigen BE: «Passt auf, dass es nicht kommt wie in Deutschland.»

Ein hartes Kopf-an-Kopf-Rennen kündigt sich an

Wie würden Sie heute über das Personenfreizügigkeitsabkommen abstimmen?
Angaben in Prozent

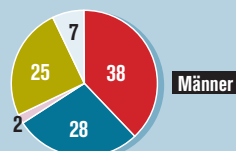


Die FACTS-Umfrage zur Personenfreizügigkeit zeigt: Noch sind sehr viele Stimmberechtigte (31 Prozent) unentschieden. Ja sagen vor allem Männer (38 Prozent), Leute mit hoher Bildung (47 Prozent), Westschweizer (37 Prozent), SP- (60 Prozent) und FDP-Mitglieder (40 Prozent).

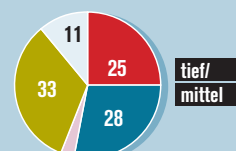
Alle Daten auf www.facts.ch/exklusiv.

Quelle: Demoscope 2005 FACTS-Grafik

Geschlecht



Schulbildung





Robert Schwitter kontrolliert auf Baustellen: «Da ist was faul. Das habe ich in der Nase.»

Schweizer Fachleute unter Vertrag nehmen, aber wir finden sie nicht.»

Also holt man sie im Ausland. Da steht ein Heer marschbereit. Die Arbeitslosenquote pendelt zwischen 5,8 Prozent (Ungarn) und 19,2 Prozent (Polen). «Viele Osteuropäer beherrschen die deutsche Sprache», weiss Professor Sinn. Lobendes fand auch Franz Jaeger von der Universität in Sankt Gallen. «Ein hohes Bildungsniveau und eine starke Leistungsbereitschaft» würden die Arbeitswilligen auszeichnen, schrieb er in einer Studie seines Forschungsinstituts.*

Ineichens Inserat in Brandenburg

Der Pioniergeist grassiert. Im Schweizer Bäckereigewerbe kam es bereits zu Übernahmen durch ostdeutsche Fachleute. Unternehmer Ineichen betrieb kürzlich einen Bäckermeister, der sich zur Ruhe setzen wollte, für seinen Betrieb mit 350 000 Franken Umsatz aber keinen Nachfolger fand. Auf ein Inserat in Brandenburg liefen 400 Anfragen ein. Schon hat Ineichen bei der «Märkischen Oderzeitung» wieder ein Inserat aufgegeben, dessen Text an die Auswanderungszeiten des 19. Jahrhunderts erinnert. «Selbstständige Existenz in der Schweiz: Sind Sie Bäcker- oder Schuhmachermeister? Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, sich in der Innerschweiz (Region Luzern) selbstständig zu machen.» Und weiter: «Bei Eignung besteht nachher die Möglichkeit, den Betrieb ohne Eigenkapital zu übernehmen.»

In manchen Sektoren herrscht Mangel an Fachkräften. Das wird von Gewerkschaftern bestätigt. Otto Ineichen bringt es auf den Punkt: «Unsere Leute sind nicht mehr bereit, diese fordernden Berufe auf sich zu nehmen.»

Eine Öffnung der Grenze, so die Überlegung, kann da nur gut tun.

Ökonom Jaeger geht davon aus, dass die inländische Beschäftigung mit dem externen Zufluss um 0,2 Prozent wachsen wird. Skeptischer bleiben die Unternehmer. «Wer polnische oder tschechische Arbeitnehmer vor der Tür sieht, ist falsch gewickelt», sagt Thomas Daum, Geschäftsführer beim Industrieverband Swissmem. Er verweist auf die hohen Wachstumsraten der Beitrittsländer: Sie werden das Lohngefälle zur Schweiz schon bald mildern. «Der entscheidende Druck kommt von den globalen Märkten, also zum Beispiel aus Asien», sagt Daum. «Dieser Wettbewerb ist viel wichtiger als der Wettbewerb zwischen Schweizer Löhnen und Löhnen der EU.»

Für Othmar Pfannes, Geschäftsleiter der Basler Firma Genedata, hat die Personenfreizügigkeit «null Relevanz». Seine Firma an der Schnittstelle Life Sciences/IT beschäftigt spezialisierte Fachkräfte aus der ganzen Welt. In den letzten Jahren stellt Pfannes fest, dass die Behörden bei der Erteilung der Arbeitsbewilligung flexibler geworden sind. Für Peter Schüpbach von Geneva Logic spielt die Konkurrenz bei der Ausbildung und in der Flexibilität. Hier sieht er etwa die Ukrainer, die für ihn arbeiten, im Vorteil: Sie sind ausgezeichnet ausgebildet und im Gegensatz zu Zürichern oder Baslern bereit, in der Gegend von Langenthal zu arbeiten.

Viele zieht es wieder zurück

Wie viele Facharbeiter dereinst aus Slowenien, Polen oder Tschechien in die Schweiz drängen, hängt von der Entwicklung dieser Länder ab. Thomas Daum von Swissmem fasst die ►

Die Mutter aller Taktik

Micheline Calmy-Rey riskiert die Personenfreizügigkeit – weil sie nicht mit offenen Karten spielte.

Am Siegestrunk kanns nicht legen haben. Die Schweizer Aussenministerin, wiewohl aus der Romandie stammend, gilt als Asketin, die keinen Feierabend kennt. Auch nach Wahlsiegen nicht. Also wars das schiere Kalkül, das Micheline Calmy-Rey zur Ich-bin-überrascht-Reaktion trieb. Dabei hatte EU-Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner bloss auf die Verknüpfung von Schengen mit der Personenfreizügigkeit verwiesen.

Was hatte man im Vorfeld gemurkst, um ja keinen Gedanken aufkeimen zu lassen, dass Schengen wie Personenfreizügigkeit Ost auch nur am Rande miteinander zu tun hätten. Demonstrativ etappierte der Bundesrat die beiden Urnengänge, der eine im Frühling, der andere im Herbst. Und jetzt ist Eiszeit.

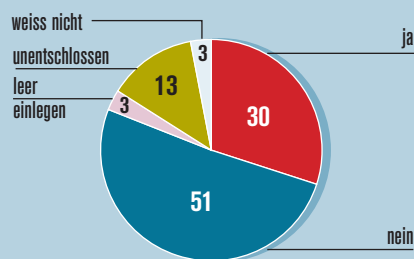
Nach so viel Herumschieberei droht der Schweiz eine grandiose Pleite. Wer nämlich erfolglos gegen das Schengen-Abkommen antrat – über 45 Prozent der Urnengänger –, darf auf eine Revanche im September hoffen. Eine Allianz wird sich gegen die notwendige Marktöffnung stemmen – Gewerkschafter im Verbund mit den Isolationisten.

Die Taktik ist entlarvt. Klar wusste Calmy-Rey, dass die EU auf ein Linkage pocht und im Fall eines Neins zur Personenfreizügigkeit das Schengen-Ja anzweifeln wird. Ihre Chefunterhändler selber hatten doch stets auf die Verknüpfung beider Dossiers verwiesen. Nur: So genau wollte es keiner wissen – weder die Wahltaktiker im Bundeshaus noch ein Grossteil der (europafreundlichen) Medien.

Stefan Barmettler

EU-Beitritt chancenlos

Wenn heute über einen Beitritt in die EU abgestimmt würde, wie würden Sie stimmen? Angaben in Prozent



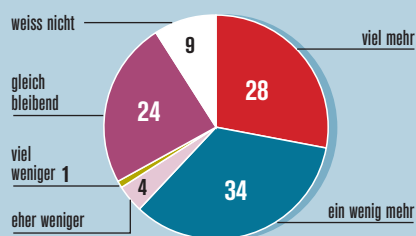
Quelle: Demoscope 2005 FACTS-Grafik

Entwicklung so zusammen: «Seit über zwei Jahren geht im Osten die Post ab.» Schüpbach konnte dies in den Neunzigerjahren in Bezug auf die Ukraine beobachten: «Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs drängte eine Welle von ukrainischen Informatikern in die Schweiz. Doch als sich drei Jahre später in der Ukraine eine wirtschaftliche Erholung abzeichnete, zog es viele in die Heimat zurück.» Ein Phänomen, das auch in anderen Branchen und bei anderen Landsleuten zu beobachten ist. Spanische und portugiesische Bauarbeiter kehren in ihre Heimat zurück, sobald sich dort wirtschaftliche Perspektiven abzeichnen.

Entwarnung kommt auch aus dem Gesundheitswesen und dem Bankensektor: In den Spitälern wird über Jahre hinaus genug Arbeit für alle da sein, für Ärzte ebenso wie für Pfleger; und bei den Banken bleibt die Sprache für viele potenzielle Immigranten noch lange ein Hindernis.

Zustrom erwartet

Würde die Öffnung des Schweizer Arbeitsmarktes mehr oder weniger ausländische Arbeitskräfte bringen? Angaben in Prozent



Quelle: Demoscope 2005 FACTS-Grafik

Ist die Angst vor Lohndumping also nichts als ein Phantom?

Nein. Im Gespräch mit Arbeitsmarktkontrolleuren bekommt es reale Züge. Sie beschreiben die vielfältige Welt von Schwarzarbeit und Lohndumping. Unternehmen, die kurdische und türkische Asylbewerber ohne Sozialleistungen ar-

Vor allem aus grenznahen Gebieten sind krasse Vertragsverletzungen bekannt.

beiten lassen. Reinigungsfirmen, die ihre billigen Putzmänner auf Baustellen einsetzen und damit die Tarife für Bauhandlanger unterbieten. Bauern, die ihre polnischen Landwirtschaftspraktikanten einen neuen Stall bauen lassen. Deutsche Firmen, die ihre nach deutschem Tarif bezahlten Arbeiter auf Schweizer Baustellen einsetzen. Temporärfirmen, die «vergessen»,



IT: Ausgezeichnet ausgebildete Ukrainer.

Ferienzuschläge auszuzahlen. Vor allem aus grenznahen Gebieten sind krasse Vertragsverletzungen bekannt. In Basel liess eine ausländische Firma ihre polnischen Arbeiter für nur neun Euro arbeiten – beim Ausbau einer Nobelboutique.

Robert Schwitter, Arbeitsmarktkontrolleur im vergleichsweise ruhigen Bern, besucht eine Baustelle in Köniz. Der Baustellenleiter hat dem Baumeisterverband gemeldet, bei einem Unterakkordanten seien verdächtige Gipser aus Ostdeutschland im Einsatz.

«Arbeitsmarktkontrolle», sagt Schwitter und zeigt seinen Ausweis. In bestem Baustellenitalienisch fragt er nach Ankunftstag, Arbeitsbedingungen und Lohn. Die fünf Italiener antworten alle das Gleiche. Sie seien am Morgen angekommen, sie erhielten 19 Euro pro Stunde. Schwitter notiert sich die Angaben. Später sagt er: «Da ist etwas faul. Das habe ich in der Nase.» Ein Anruf beim Baumeisterver- ▶

Häufig gestellte Fragen

Im Herbst kommt ein Zusatz zu den Bilateralen I zur Abstimmung: Die erweiterte Personenfreizügigkeit. Das sind die Fakten.

■ Was ist Personenfreizügigkeit?

Freiheit auf dem Arbeitsmarkt: Jeder EU-Bürger darf in der Schweiz Arbeit suchen und aufnehmen, ohne diskriminiert zu werden – und umgekehrt.

■ Haben wir das nicht schon?

Wir sind unterwegs dazu. Im bilateralen Vertrag mit der alten EU (380 Millionen Einwohner) ist die Personenfreizügigkeit vereinbart. Bis 2007 gelten Kontingente. Falls nötig, kann die Schweiz bis 2014 weiter kontingentieren (Ventilklausel).

■ Worüber stimmen wir am 25. September ab?

Über einen Vertragszusatz: die Freizügigkeit für die 75 Millionen Bürger der neuen EU-Länder Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen, Slowenien, Malta, Zypern. Auch für sie gelten zunächst Kontingente.

■ Wie gross sind die Kontingente?

2006 sind in der ganzen Schweiz 1300 Aufenthaltsbewilligungen zugelassen, im Kanton Aargau 99, in Uri 6. Dazu kommen 12 400 Kurzaufenthaltsbewilligungen. Bis 2011 steigen diese Quoten auf 3000 Aufenthaltsbewilligungen und 29 000 Kurzaufenthaltsbewilligungen.

■ Wie viele EU-Ausländer leben schon in der Schweiz?

Rund 850 000 aus der alten EU und 19 000 aus den neuen EU-Ländern. Die ständige Wohnbevölkerung aus der EU ist 2004 um 2,4 Prozent gestiegen.

■ Wie hat sich die Freizügigkeit mit der alten EU entwickelt?

Die Kontingente für Daueraufenthalter werden ausgeschöpft. Die Kurzaufenthaltsbewilligungen gehen zurück. Rund 40 000 Personen sind als kurzfristige Dienstleistungserbringer eingereist. Die grösste Zuwanderer-Gruppe sind die Deutschen.

■ Ab wann gilt die volle Freizügigkeit für die neue EU?

Ab 1. Mai 2011 – mit Ventilklausel bis 2014.

■ Dürfen Selbstständige in der Schweiz tätig werden?

Ja. Bis 2007 gelten Quoten, danach gibt es keine arbeitsmarktlichen Beschränkungen mehr.

■ Dürfen EU-Arbeitslose in der Schweiz Arbeit suchen?

Ja. Aber auf eigene Rechnung und nur drei Monate lang. Haben sie in dieser Zeit nichts gefunden, müssen sie das Land verlassen.



Pflegerinnen und qualifizierte Ärzte: Jeder EU-Bürger darf in der Schweiz Arbeit aufnehmen.

■ Wie viele EU-Ausländer werden in die Schweiz kommen?

Das hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Länder ab – und von den Bedürfnissen der Schweizer Wirtschaft. Erfahrungen der EU zeigen: Nur sehr wenige migrieren.

■ Droht Lohndumping?

Das hängt von der Wirksamkeit der «flankierenden Massnahmen» ab.

■ Was sind «flankierende Massnahmen»?

Instrumente zur Überwachung des Arbeitsmarktes. Kontrolliert werden seit einem Jahr Löhne und Arbeitsbedingungen. Kantone können Mindestlöhne festsetzen. Mit der Erweiterung der Freizügigkeit werden die Massnahmen

verstärkt. Neu: Mehr Inspektoren, mehr Gesamtarbeitsverträge, schärfere Sanktionen bei Missbrauch. Beweispflicht für Selbstständige aus dem Ausland.

■ Und das soll reichen?

Bundesrat, Gewerkschaften und Arbeitgeber meinen: Ja. Die SVP hat die flankierenden Massnahmen abgelehnt. Sie hält sie für eine Einschränkung von Freiheit und Flexibilität.

■ Was bringt das alles der Schweiz?

Es sichert das gute Verhältnis zum grössten Wirtschaftspartner und den Zugang zum Osten.

■ Was geschieht bei einem Nein?

Von Seiten der Schweiz nichts. Aber sie behandelt die EU-Mitglieder nicht nach gleichem Recht. Deshalb ist mit Druck aus Brüssel zu rechnen. Bisher hat die EU angekündigt, sie werde bei einem Nein das Schengen-Assoziationsabkommen nicht ratifizieren. Die EU könnte den Freizügigkeitsvertrag kündigen. Damit wären automatisch alle Abkommen der Bilateralen I vom Tisch (Guillotine-Klausel). Dafür braucht es Einstimmigkeit im Ministerrat.

■ Wer hat schon über die Osterweiterung abgestimmt?

Niemand. Wir sind die Einzigen.



Gastgewerbe: Die Wirtschaft will mit Fachkräften aus den neuen EU-Ländern Engpässe beseitigen.

Die Gipskartonwandaufsteller

In Österreich sind Arbeitnehmer aus Osteuropa gefragt. Zumindest bei den Unternehmern.

«Ojce nasz» – «Vater unser», tönt es aus den Lautsprechern bis auf die Strasse. Die polnische Kirche in Wien ist voll, viele Menschen beten vor der Tür. Nach der Messe beginnt die Arbeit: Hier soll eine Wohnung gestrichen werden, dort wird ein Zügeltrupp gesucht. Die Polen sind in Wien als billige und verlässliche Handwerker, Kindermädchen oder Putzfrauen gefragt. Auch wenn ihre Arbeit in den meisten Fällen illegal ist. Zwar sind sie seit der Osterweiterung EU-Bürger, aber die Personenfreizügigkeit gilt für sie erst ab 2011. Bis dahin vereinbarte die alte EU Quoten. Völlig abgeschottet ist der Arbeitsmarkt indes nicht. Laut Statistik arbeiten heute 38 190 Menschen aus Polen, Ungarn, Tschechien, Slowenien und der Slowakei in Österreich. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Quoten für Arbeitnehmer aus Mitteleuropa zwischen 2,3 Prozent (Tschechien) und 12 Prozent (Slowakei). Zum Teil kommen sie als Saisoniers, andere im Rahmen bilateraler Abkommen. Wieder andere nützen die Möglichkeit, dass sie als Selbstständige arbeiten dürfen. Besonders beliebt ist das Gewerbe der «Verspachtler vorgefertigter Gipskartonwände». Waren vor dem 1. Mai 2004 noch knapp 500 «Gipskartonwandaufsteller» in ganz Österreich tätig, sind es heute über 1500. Die meisten stammen aus Po-

len. Eine Sondertruppe des Finanzamtes versucht nachzuweisen, dass sie in Wirklichkeit Arbeitnehmer grosser Baufirmen sind. Doch da sie einen Gewerbeschein besitzen, sind Beweise schwer zu finden.

Türken müssen daheim bleiben

Die Wirtschaft würde die Übergangsregelungen ohnehin am liebsten sofort abschaffen. Sie will Fachkräfte aus den neuen EU-Ländern holen, um Engpässe im Pflegebereich, Gastgewerbe und Tourismus zu beseitigen. Die Gewerkschaften hingegen warnen vor steigender Arbeitslosigkeit und Lohndruck. Unternehmer versuchten immer öfter, Überstunden nicht zu bezahlen, sagt der Experte der Arbeiterkammer, Josef Wallner: «Und ausländische Arbeitnehmer gehen kaum vor Gericht.» Zudem werde die Wanderung zum Problem. Innerhalb der Slowakei betrage die Lohndifferenz höchstens 20 Prozent, «aber zwischen Bratislava und Wien beträgt sie mehrere hundert Prozent. Da steigt die Wanderbereitschaft dramatisch an.» Am stärksten spüren Gastarbeiter aus Nicht-EU-Staaten den Druck. Dieses Jahr bekamen 10 Prozent weniger Türken und 8 Prozent weniger Serben und Montenegriner Arbeitsbewilligungen als im Vorjahr.

Bernhard Odehnal

Wichtiger als all das ist aber etwas anderes: Damit unsere Exportwirtschaft in die boomenden neuen Märkte Ost- und Mitteleuropas exportieren kann, ist sie auf Kontakte und ein gutes Image angewiesen.

FACTS: Sie sprechen wie ein Arbeitgeber.

Gaillard: Auch für mich wäre es nicht einfach, meinen polnischen Gewerkschaftskollegen erklären zu müssen, weshalb sie im Gegensatz zu den Deutschen bei uns nicht erwünscht sind.

Apropos Arbeitgeber: Auch die haben gemerkt, dass es einen Schutz gegen den Lohndruck braucht. Die flankierenden Massnahmen gewähren ihnen nämlich gleich lange Spiesse im Wettbewerb mit ihren ausländischen Konkurrenten. Ein EU-Unternehmen, das Angestellte für einen Auftrag in die Schweiz entsendet, muss diese neu zu den hier zu Lande geltenden Bedingungen beschäftigen.

FACTS: SVP-Nationalrat Peter Spuhler hat angekündigt, dass er nach einem allfälligen Ja die flankierenden Massnahmen «korrigieren», also schwächen will.

Gaillard: Die Bevölkerung will kein Lohndumping. Und eingeführte Gesetze lassen sich in der Schweiz leicht verteidigen.

FACTS: Entspricht die Ja-Parole der Stimmung der Gewerkschaftsmitglieder?

Gaillard: Unsere Mitglieder sehen die wirtschaftliche Bedeutung der Vorlage,

«Auch die Arbeitgeber haben gemerkt, dass es einen Schutz gegen den Lohndruck braucht.»

sind aber auch beunruhigt über die ersten Erfahrungen mit der Personenfreizügigkeit mit den alten EU-Ländern.

FACTS: Wie erleben Sie die Basis beim Thema Freizügigkeit?

Gaillard: Als extrem interessiert. Bei den 1.-Mai-Reden zum Beispiel hörte man den kämpferischen Eröffnungen wie zum Thema Managergehälter zu. Im trockenen Teil zur Personenfreizügigkeit wurde es dann aber mucksmäuschenstill. Auf Besuchen in Sektionen habe ich in den letzten Wochen dasselbe erlebt. Tendenziell gilt: Die jungen Mitglieder sind offener, die Älteren skeptischer.

FACTS: Die Unia Tessin hat Ende letzten Jahres die Nein-Parole gefasst. In der Romandie werden Sie von links-



Bernhard Hess: Ob er die Abstimmung gewinnt, ist Nebensache.

Fürchtet euch!

Im Kampf gegen die Erweiterung der Personenfreizügigkeit zielt Bernhard Hess von den Schweizer Demokraten auf den Bauch.

Er habe nicht Angst vor einzelnen Fremden, sagt Bernhard Hess, er habe Angst vor der Masse. Die Diktion ist nervös, die Auskunft diffus. Vor der Masse? «Ja, genau.» Für noch mehr Genauigkeit ringt Hess um ein gesellschaftsfähiges Wortkleid für seine Ressentiments. Immerhin: Wo er früher bei der Beschreibung der Verhältnisse in seinem Wohnort Bümpliz noch von «Umvolkung» sprach, kramt er heute die «Denationalisierung» aus seinem von Nazi-vokabeln gesäuberten Wortschatz. Hess, nach zwei Wahlschläppen der letzte von einst fünf Nationalräten der Schweizer Demokraten, ist die Fleisch gewordene politische Bedeutungslosigkeit. Rechts von der SVP ist kein Platz mehr für eine Partei. Letzten Herbst hat der Fraktionslose laut übers Aufhören nachgedacht und den Kampf gegen die Erweiterung der Personenfreizügigkeit als «letzte Schlacht um die Wählergunst» bezeichnet. Die absehbar halbherzige Unterstützung der SVP ist für den gelernten Kanzlisten und hauptberuflichen Parteipräsidenten daher kein Unglück, im Gegenteil. Ob er die Abstimmung gewinnt, ist Nebensache. Als Kopf des Nein-Komitees kämpft er in den nächsten Monaten zuerst um das politische Überleben. Was zählt, ist der Auftritt in der Manege.

Hess wird gegen viele nervöse Gegner antreten dürfen, gegen die Grünen, SP, CVP, FDP, gegen den Wirtschafts- und den Bauernflügel der SVP, gegen den Bundesrat, gegen die Gewerkschaften, Economiesuisse, gegen den Arbeitgeber- und den Gewerbeverband. Laut eigenen Angaben stehen ihm 1,5 Millionen Franken zur Verfügung. Aber er hat eine mächtige Verbündete: die Angst.

Er lässt sich nicht irritieren

«In den neuen EU-Ländern warten qualifizierte, hungrige Arbeitskräfte», sagt Hess. Und die flankierenden Massnahmen? Die nützen nichts, sagt Hess: «Der Raubtier-Globalisierungs-Kapitalismus lässt sich nicht mehr gesetzlich regeln.»

So tönen die Losungen eines erklärten «Sozialpatrioten», der seinen Standpunkt nach ein paar Bieren auch schon als «den der Volksgemeinschaft» oder als «sozialen Nationalismus» beschrieben hat.

Dass die Gewerkschaften ein Nein zur Freizügigkeit im Herbst für ihre Mitglieder als gefährlicher einstufen, irritiert ihn nicht. Die Büezer würden ihm eher folgen als einem Gewerkschaftsökonom, meint er: «Denn diese Abstimmung wird ein Bauchentscheid.» Und was sagt Ihr Kopf, Herr Hess? «Bauch und Kopf sind bei mir eine Einheit.» *Urs Bruderer*

aussen kritisiert, die flankierenden Massnahmen seien ungenügend.

Gaillard: Seit Jahrzehnten hat sich in der Schweiz der Arbeitnehmerschutz nie mehr so stark verbessert wie jetzt mit den flankierenden Massnahmen. Erstmals kann der Staat Mindestlöhne erlassen. Endlich haben wir Kommissionen, die den Arbeitsmarkt beobachten müssen und das Recht haben, den Unternehmen in die Lohnbücher zu schauen. Und bei einem Ja im Herbst werden die Kantone die nötigen Inspektoren einstellen müssen, um die Arbeitsbedingungen zu kontrollieren.

FACTS: Was bisher schlecht klappte, besonders im grössten Kanton der Schweiz, in Zürich.

Gaillard: Die volle Personenfreizügigkeit mit den alten EU-Ländern gilt seit einem Jahr. Es dauerte eine Weile, bis die Massnahmen griffen. Die Kontrollen wurden in Branchen mit Gesamtarbeitsverträgen verbessert. Ausserhalb hapert es aber noch. Aber wir stellen in fast allen Kantonen Fortschritte fest. Was Zürich angeht: Dort hat sich die Regierung gegen den gemeinsamen Willen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geweigert, die nötige Zahl von Inspektoren zu finanzieren. Der Widerstand kam von der Volkswirtschaftsministerin.

FACTS: Die heisst Rita Fuhrer und ist bei der SVP.

«Nur weil Frau Fuhrer bockt, können wir die Zukunft der Schweiz nicht in Frage stellen.»

Gaillard: Immerhin wurden jetzt fürs Erste zwei Stellen bewilligt. Wir hoffen, dass Frau Fuhrer ihre Position nicht missbraucht, um die Erweiterung der Personenfreizügigkeit zu gefährden.

FACTS: Die Gewerkschaften haben ihr Engagement im Abstimmungskampf an die Bedingung geknüpft, dass die flankierenden Massnahmen umgesetzt werden. Ist ein Rückzieher noch denkbar?

Gaillard: Nur weil Frau Fuhrer im Kanton Zürich bockt, können wir die wirtschaftliche Zukunft der Schweiz nicht in Frage stellen. ■

FACTS ONLINE EXKLUSIV Die vollständigen Daten der Umfrage finden Sie auf www.facts.ch/exklusiv